

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Herausgeber: Sommer, Nummer 24 244.
Post für Postgebühren: 20 011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

vierteljährlich in Dresden und Gera von der postamtlichen Zustellung sowie bei einmaligen Zusendungen durch die Post (ohne Bestellgeld) 2,00 Mk., monatlich 1,00 Mk. Die einzelnen Blätter kosten 30 Pf. Bei Abnahme von 100 Exemplaren unter 20000 und 20000 Exemplaren unter 100000 Pf. Preis 10 Pf. pro Exemplar. Einzelne Blätter kosten 10 Pf. Einzelne Blätter kosten 10 Pf.

Verantwortung und Hauptverlagsstelle:
Hauptverlag: 24 244
Druck u. Verag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Vollständ. Karte 19 305 Leipzig.

Abdruck von nicht bezahlten Correspondenzen („Dresdner Nachr.“) möglich. — Unrichtige Meldungen werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Einlösung von Zins-, Gewinnanteilscheinen und ausgelosten Wertpapieren.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.
Scheckverkehr.

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9, im Hause der Kaufmannschaft, Schlechthofring 7,
Wettlinstraße 66, Hauptmarkthalle, Ellbogenplatz 3, Kaiserstraße 11.

Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Verwaltung von Wertpapieren, sowie Aufbewahrung geschlossener Wertpakete.
Vermietung von feuer- und einbruchsicheren Stahlwänden unter Verschluss des Mieters und Mitverschluss der Bank.

Die verhängnisvolle Kohlennot.

Stilllegung von Industrien.

Hamburg, 14. Nov. Nach einer Bekanntmachung der Kohlenwirtschaftsstelle wird vom 15. November der gesamte Industrie von Hamburg, Altona und Wandsbek der Kraftstrom ausgestellt.

Diese außerordentlich einschneidende Maßnahme ist veranlaßt worden einerseits durch die sehr schlechte Kohlenzufuhr, andererseits durch die Tatsache, daß sich ein großer Teil der Kraftstromverbraucher nicht an die früheren Bekanntmachungen gehalten habe. Um den dringenden Strombedarf für die Lebensmittel-, Dr., Verkehrsmittel- und den Lichtverbrauch weiterhin zu decken, muß ein Schritt getan werden. Von der Ausgestaltung werden die Industrien folgender Städte betroffen: Hamburg-Altona, Wandsbek, Lübeck, Schleswig, Rendsburg, Neumünster, Flensburg und Kiel.

In einer in Aften unter Vorsitz des Generaldirektors Böcker abgehaltenen Zusammenkunft von Vertretern rheinisch-westfälischer Stätten wurde die Ableitung eines Telegrammes nach Berlin beschloffen, das die Verhängung auf erneute Einschränkung des Brennstoffverbrauches der Stättenwerke nachfolgend die Stilllegung des größten Teiles der Essener Stätten-Industrie bedeuete. Die Durchführung sei unmöglich. Man lehne die Verantwortung ab und würgere sich, der Verfügung Folge zu leisten. (W. Z. B.)

Immer weitere Verschlechterungen.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten)
Berlin, 15. Nov. Die Einstellung des Personenverkehrs zugunsten der Güterbeförderung hat, wie von zuständigen Stellen mitgeteilt wird, soweit die Kohlenversorgung Groß-Berlins in Frage kommt, den erpöbsten günstigen Einfluß nicht ausgeübt. Die Lieferung von Brennstoffen, die für den Monatsbedarf in Groß-Berlin hauptsächlich benötigt werden, hat sich sogar noch etwas verschlechtert. Neben hat die Verkehrsperre in der hauptstädtischen Gegend gebracht, wo allerdings die Verhältnisse in der Kohlenversorgung ungünstig ungunstiger liegen als in Groß-Berlin. In vielen Gegenden Süddeutschlands war seit geraumer Zeit die Kohlennot so groß, daß viele lebenswichtige Betriebe eingestellt werden mußten. So lagen z. B. in Stuttgart das Elektrizitätswerk und die Straßenbahn fast drei Wochen lang still. Die zuständigen Stellen sind nach Kräften bemüht, die notwendigen Kohlenmengen, insbesondere für Groß-Berlin, herauszuschaffen. Ob eine allgemeine ausreichende Kohlenversorgung ohne erneute, wenn auch nur teilweise Verkehrsperre möglich sein wird, steht noch nicht fest. Die Initiative liegt in dieser Hinsicht beim Kommissar für die Kohlenversorgung.

Die Schäden des Metallarbeiterstreiks.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten)
Berlin, 15. Nov. Von den in den Streik getretenen 130 000 Berliner Metallarbeitern konnten nach Ende des Streiks bisher erst knapp 60 000 wieder eingestellt werden. Die vollständige Einstellung aller Streikenden ist kaum vor drei Monaten zu erwarten. Der Berliner Metallindustrie sind durch den achtwöchigen Streik Auslandsaufträge in Höhe von 850 Millionen Mark verloren gegangen.

Eine Mahnung an die Eisenbahner.

Berlin, 14. Nov. Der die gemäßigteste Richtung unter den Eisenbahnern vertretende Allgemeine Eisenbahnerverband gibt folgende Mahnung an seine Mitglieder bekannt: Die Verkehrsperre beeinflusst die öffentliche Meinung. Die Gefahr der Kartellnot und Kohlennot ist riesengroß. Wenn der Reparaturzustand der Wagen und Lokomotiven verbessert wird, tritt das Publikum auf andere Seite. Es liegt nicht nur im Interesse des ganzen Volkes, daß die Arbeitsleistung in den Eisenbahnwerkstätten gesteigert wird, sondern in unserem eigenen. Es gilt einen Aufbruch nach rechts. Das ist unverkennbar. Bei veränderten politischen Verhältnissen werden wir schließlich daran sein als je zuvor. Wer es gut mit den Arbeitern der Eisenbahn meint, denkt auch an die kommenden Jahre.

Matrosen-Ausschreitungen in Kiel.

Kiel, 15. Nov. Gestern Abend kam es zu schweren Ausschreitungen. Trupp von Matrosen drangen, mit Revolvern und Knütteln bewaffnet, in mehrere Lokale ein, um Nahrung an Häftlingen zu nehmen, die ihnen angeblich den Aufenthalt in den Lokalen verweigert haben sollten. Die Polizei nahm einige Eindringlinge fest. Doch kam es bald zu erneutem Tumult, so daß die Sicherheitswehr einschreiten mußte. (W. Z. B.)

Verbot einer unabhängigen Zeitung.

München, 14. Nov. Der Oberbefehlshaber des bayerischen Reichswehrgruppenkommandos Nr. 4 Generalmajor Wölfl hat das Erscheinen der unabhängigen Zeitung „Der Kampf“ wegen Verleumdung der Einwohnerebene gegenüber dem Feinde auf vier Tage verboten. (W. Z. B.)

Besserung der Milchversorgung?

Berlin, 15. Nov. Der Poststelle ist es gelungen, von morgen an eine bessere und reichlichere Milchlieferung mit Milch möglich zu machen. Sie hat aus den Beständen in Anbetracht der Notlage einen großen Vorrat sterilisierter Sahne, etwa 600 000 Liter, zur Verfügung gestellt, um eine Besserung der Milchlieferung zu machen. Ferner ist es gelungen, mit Danemark größere Anläufe zu tätigen, von denen die beiden ersten Lieferungen schon gestern angekommen sind. Es werden täglich zwei Waggons, ungefähr 20 000 Liter, frischem, sterilisierter und süßer dänischer Milch einreisen und sofort zur Verteilung gelangen.

Verkauf deutschen Restes an Dänen.

Berlin, 15. Nov. Wie der „Verl. Volk-Anz.“ meldet, hat der Hotelbesitzer Cornelius Petersen in Witten auf Anrufen seines dortigen Besitzers, bestehend aus dem Hotel „Victoria“ und dem Pöppelhaus „Der Jahreszeiten“ für 400 000 Mark an die Dänen verkauft.

Die Wahrheit über den Versailler Frieden.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten)
Rotterdam, 15. Nov. Dr. Dillon, der bekannte englische Journalist, hat seinen in London ein Zug über die Friedenskonferenz veröffentlicht. Das um so interessanter ist, als man weiß, daß der Verfasser in mehren Aussagen zu mehreren leitenden Persönlichkeiten in unterhalt und daher weiß, was hinter den Kulissen vor sich geht. Sein Urteil ist wenig schmeichelt. Das Resultat bezeichnet er folgendermaßen: „Die Konferenz hat Europa in eine stehende Masse von untereinander feindlichen Staaten verwandelt, die unglücklich sind, es unter solchen Umständen mit der Konkurrenz zu tun, selbst das Meeres aufzunehmen.“ Ferner verrät Dillon, daß die britische Regierung von Anfang an die Absicht hatte, Delegierte der Bolschewisten zur Konferenz zuzulassen, ein Zeichen, wie klar und gerissen man wieder einmal gewesen ist. Das britische auswärtige Amt verstand die beschuldigte Unterlegen an die verbündeten Regierungen ungefähr einige 14 Tage vor Beginn der Konferenz. Der Vorschlag wurde aber aus Frankreichs Drängen zurückgezogen.

Was England unter „Selbstbestimmungsrecht“ versteht.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten)
Rotterdam, 15. Nov. Eine neue Illustration zur Verhandlung des Selbstbestimmungsrechts ist die des britischen Reiches gibt ein Heftchen, das aus Bogritz über die Verhandlungen, die am 4. Nov. der britischen General Wilson und den Mahjubs Ratland, einem Volkskammer an der Nordmeerküste von Indien, der seit Jahrzehnten müde für seine Unabhängigkeit kämpft, 200 einflussreiche Angehörige des Stammes waren anwesend. Während der Besprechungen flohen britische Flieger über ihnen hin und her, die für sich ihre Dörfer durch Bombenwürfe zerstört hatten. Dr. Mahjubs, die zuerst sehr ängstlich waren, verlangten Zeit, die englischen Anträge zu überlegen. Das wurde ihnen abgelehnt. Als sie aber nicht nachgeben wollten, brach der General die Verhandlungen ab, die Dörfer der Mahjubs durch Bombenwürfe in Brand zu setzen.

Der Raub der Kolonien.

Amsterdam, 15. Nov. „Telegraf“ meldet aus London: Der britische Kolonialminister teilte im Unterhause mit, daß er sich den englischen, französischen und italienischen Regierung Verhandlungen über die Durchföhrung des Verrates von London geföhrt werden, wobei festgehalten wurde, daß, wenn England und Frankreich ihren afrikanischen Besitz auf Kosten Deutschlands vergrößern sollten, Italien auf eine Grenzverbesserung seiner Kolonien in Afrika Anrecht habe. (W. Z. B.)

Der W'ederaufbau in Frankreich.

Vom 25. September bis 18. Oktober haben deutsche Sachverständigen-Kommissionen Besichtigungsföhren in den zerstörten Gebieten Frankreichs gemacht, um einen allgemeinen Einblick von den typischen Zerstörungspunkten sowie von den Wiederherstellungsmöglichkeiten zu gewinnen, an denen sich Deutschland beteiligen könnte. Der erste Bericht der Sachverständigen-Kommission wird in der „Deutschen Illu.“ mitgeteilt. Auf allen Fronten wurden zahlreiche deutsche Kriegsgefangene bei der Arbeit gesehen. Deutschland hat, wie die genannte Zeitung schreibt, durch diese Reise erneut seinen Willen zum W'ederaufbau geäußert, nach Kräften am W'ederaufbau des zerstörten Gebietes mitzuwirken. In einer von den freien Gewerkschaften in Köln veranstalteten Versammlung wurde nach der Feststellung, daß augenblicklich in Nordfrankreich 250 000 deutsche Gefangene beim W'ederaufbau beschäftigt seien, eine Entschloßung angenommen, nach der sich die deutsche Arbeiterchaft bereit erklärt, die Kriegsgefangenen durch freie Arbeiter abzulösen und vollständig am W'ederaufbau des zerstörten Frankreichs mitzuarbeiten.

Die fixe Idee.

Die Situation im Untersuchungs-ausschuss wird für die Herren, die da glaubten, aus seinen Verhandlungen sich bequem und wirksam Waffen für den Dampfschiffbau zu können, immer ungemüßlicher. Schon die Vernehmung Bernstorffs, der doch ganz und gar einer der Ährigen ist, war im Grunde ein Fehlschlag. Bernstorff glaubte an die Möglichkeit, über Amerika zum Frieden zu kommen; was er aber an Tatsächlichem zu vorzubringen wußte, war eher geeignet, diesen Glauben bei objektiv urteilenden Leuten zu erschüttern, als zu befestigen. Vom Mai bis zum Dezember 1918 haben ihn Wilson und Oberst Houke mit der Vermittlungsfrage hingehalten. Sie sind erst dann mit ihrem Vorschlag herausgekommen, als die deutsche Regierung ihr Angebot erlassen hatte, und haben sauer reagiert, als es sich darum handelte, wirklich etwas zu tun, als ihnen Bedingungen vorgelegt wurden, zu denen sie praktisch hätten Stellung nehmen können. Wilson war die Möglichkeit gegeben, den Unterseebootkrieg zu verhindern. Sie haben davon keinen Gebrauch gemacht. Sie hätten ihren Verhandlungs-freunden und der Welt gegenüber betonen können, Deutschland sei zu einem Frieden, der ihren Grundbedürfnissen entsprach, bereit. Sie haben aber das Gegenteil getan, haben die Verschärfungsbedingungen der Feinde als einen Schritt zum Frieden bezeichnet und die deutschen Reaktionen für die Verhängung mit unwilliger Handbewegung beiseite geschoben. Ebenfalls gingen sie auf das Angebot der Reichsregierung ein, den Unterseebootkrieg anzuföhren für den Fall, daß Amerika wirklich vermitteln wollte. Jeder, der sich diesen Tatsachenkomplex vor Augen hält, muß, wenn er logisch zu denken vermag, zu dem Schluß kommen, daß Wilson nicht den Frieden, sondern den Krieg gewollt habe. Zudem hat er im Senat vor aller Welt deutlich erklärt, er würde Krieg geföhrt, haben, auch wenn Deutschland den rätschlichsten Unterseebootkrieg nicht begonnen hätte. Bernstorff selber hat ferner angegeben, daß die Vereinigten Staaten an Englands gebunden gewesen seien. Der Fall liegt also sehr klar. Wenn man deutschen Ministern aus ihrer Amerikapolitik einen Vorwurf machen will, so kann es nur der sein, daß sie die feindselige Haltung Wilsons und seiner Regierung zu spät erkannt, daß sie sich von ihm mit diplomatischen Spitzfindigkeiten haben betören lassen. Nach dieser Richtung hin wäre eine Untersuchung in Frankreich, in Italien, ja auch bei den Serben und Montenegroin geföhrt worden.

Unsere sogenannten Staatslenker von heute denken darüber anders. Solche Fragen zu stellen, paßt nicht in ihr System. Dieses System verlangt aber offenbar, die deutsche Politik von früher nach Kräften schloß zu machen. Wenn der Untersuchungs-ausschuss, wenn insbesondere die heutige Regierung den Zweck verfolgte, den Verzicht auf Wilsons Material gegen die frühere deutsche Regierung zu verfolgen, so könnte nicht anders verfahren werden, als es Dr. David in seiner Revolutions-Skizze tat. Herr v. Bethmann und Dr. Helfferich waren nicht immer klug in ihrer Diplomatie, sie haben sich lange Zeit von Wilson blenden lassen. Jetzt ist es nun aber nicht über die Aufschonur, wenn sie in aller Öffentlichkeit angefaßt werden, daß sie nicht ganz so töricht, nicht ganz so verblendet, nicht ganz so in eine fixe Idee verrannt waren, wie die Herren Dr. David und Cohn? Man stelle sich vor, wie Debatten wie die letzte des Untersuchungs-ausschusses im Auslande wirken müßten, was für einen Begriff ein Mann wie Lloyd George, der nie etwas anderes gewollt hat als die Vernichtung Deutschlands, und es stets auch offen gesagt hat von den neuen deutschen Politikern bekommen muß!

Dr. David wirkt dem früheren Reichskanzler und seinem Botschafter einen Betrug an Wilson und dem deutschen Volke vor. Sie hätten Wilsons Vermittlung angenommen und doch den Unterseebootkrieg beschloffen. Sie hätten dem Reichsmae über Wilsons Vermittlungsangebot nicht klaren Wein eingekchenkt und ganz besonders das Angebot der neutralen Macht verschwiegen. Das stimmt nun freilich nicht. Ueber Wilson sind im Hauptauschuss „vertrauliche“ Mitteilungen gemacht worden. Dr. David war aber nicht dabei, wofür schließlich Helfferich nichts kann. Dähte man sich über das Angebot der neutralen Macht, das Dr. David trotz der höhnvollen Ablehnung unseres Friedensangebots durch die Feinde, trotz Wilsons Senatsbotschaft vom 2. Januar, trotz des Versailler Friedens, trotz der Erklärung des Präsidenten im Senat für aus-schloßvoll hielt, ebenso geköhrt, dann war von vornherein die Gewöhre dafür gegeben, daß dieser Vermittlungsvertrag durch die Feinde zum Scheitern gebracht werden würde. Aber Dr. David und Genossen haben nun einmal ihre fixe Idee, und das Wesen einer fixe Idee besteht bekanntlich darin, daß sie fix, d. h. auf demselben in den Gebirnen der daran Lebenden vermagelt ist und durch keinerlei Ueberredungs-künste beseitigt werden kann. Ob so verlangte Reaktionen besonders geschickt zur Zeitung eines Staates sind, ist eine Frage, die hier nicht weiter erörtert zu werden braucht.

Helfferich, Bethmann und Zimmermann haben sich ihrer Haut gewehrt, geschickter und wirkungsvoller, als sie es früher im Reichstage taten. Dr. David hat sich schließlich gezwungen, den „Bismarck“-Bericht über seine Webe, der doch ganz gewiß in gutem Glauben verfaßt worden ist,

